

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am  
29.03.2016**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:01 Uhr bis 17:59 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Denis Häder	Ausschussvorsitzender, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Hajek
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), ab 17:31 Uhr
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Steffen Ahrens	Sachkundiger Einwohner
Martin Bauersfeld	Sachkundiger Einwohner
Lothar Dieringer	Sachkundiger Einwohner, ab 17:26 Uhr
Susanne Krohn	Sachkundige Einwohnerin, ab 17:26 Uhr
Mark Lange	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung:**

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Dr. Petra Sachse	Leiterin DLZ Wirtschaft und Wissenschaft
Martina Wildgrube	Referentin für Ordnung und Sicherheit
Yvonne Merker	Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Frank Rösler	Sachkundiger Einwohner

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Häder** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 26.01.2016, 23.02.2016
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zum Umgang mit Investorenanfragen  
Vorlage: VI/2016/01649
- 5.2. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP und SPD zur Änderung der Gesellschaftsverträge der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH und der Zoologischer Garten GmbH  
Vorlage: VI/2016/01667
- 5.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung einer Ansiedlungsstrategie von „Marken-Filialen“ in der Innenstadt  
Vorlage: VI/2016/01673
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Energiebericht 2015  
Vorlage: VI/2015/01375
- 7.2. Europäische Metropolregion Mitteldeutschland - Projekte in den Arbeitsgruppen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

### zu 3      **Genehmigung der Niederschriften vom 26.01.2016, 23.02.2016**

---

**Herr Häder** bat um getrennte Abstimmung der Niederschriften, welchen jeweils einstimmig zugestimmt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**                      **einstimmig zugestimmt**

### zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

Es gab keine Beschlussvorlagen.

### zu 5      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

#### zu 5.1      **Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zum Umgang mit Investorenanfragen** **Vorlage: VI/2016/01649**

---

**Herr Senius** führte in den Antrag ein.

**Frau Ernst** erklärte, dass ein Antrag in ähnlicher Form bereits im Zuge des Wirtschaftsförderungskonzeptes diskutiert wurde, auch im Hinblick auf übliche Verschwiegenheitserklärungen den Investoren gegenüber. Die Verwaltung hatte bereits deutlich gemacht, dass eine praktische Umsetzung des Antrages nicht möglich sein wird.

Darauf entgegnete **Herr Senius**, dass der aktuell vorliegende Antrag sich dahingehend unterscheidet, dass lediglich der Hauptausschuss einbezogen wird und nur Auskünfte zu Großinvestitionen gewünscht sind. Insbesondere sollte auch dann informiert werden, wenn die Investitionsverhandlungen nicht weiter geführt werden. Er wollte wissen, wie die Verwaltung den Antrag beurteilt.

**Herr Lange** unterstützte Frau Ernst. Er wies darauf hin, dass einige Großunternehmen solch ein Vorgehen ablehnen. Mit möglichen Investitionen gehen gegebenenfalls Produktionsverlegungen einher, welche vorab nicht bekannt gegeben werden sollen.

**Herr Senius** machte deutlich, dass keine Herausgabe von Firmennamen gewünscht ist; dieser Passus ist im Antrag offen formuliert. Des Weiteren soll die Information zu Verhandlungen im nicht öffentlichen Teil des Hauptausschusses stattfinden unter Beachtung der Vertraulichkeit der Daten.

Der wesentliche Teil des Antrages liegt in der Zuständigkeit der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**. Bei Beschluss des Antrages wäre es nötig, die Satzung der Gesellschaft sowie das Wirtschaftsförderungskonzept zu ändern. Er betonte ebenfalls, dass eine solche Vorgehensweise nicht praktikabel ist. Bei Investorenanfragen unterschreibe er eine Verschwiegenheitserklärung. Aus diesem Grund kann er nicht darüber berichten.

**Frau Nagel** äußerte ihre Bedenken gegenüber den Ausführungen der Verwaltung. Im Hauptausschuss sollen und müssen wichtige Angelegenheiten besprochen werden, auch in Bezug auf Auswirkungen auf die Stadtentwicklung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass in jeder Aufsichtsratssitzung über solche Themen informiert wird. Er machte noch einmal deutlich, dass bei einer Beschlussfassung die Verwaltung das Wirtschaftsförderungskonzept zur Komplettüberarbeitung zurückziehen muss.

**Herr Bartl** schloss sich der Meinung der Verwaltung an; solche Angelegenheiten haben eindeutige Grenzen.

**Herr Häder** bat um Abstimmung des Antrages.

**Votum der sachkundigen EinwohnerInnen:**      **mehrheitlich zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**  
6 Ja Stimmen  
4 Nein Stimmen

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Hauptausschuss in nicht öffentlicher Sitzung über Interessenbekundungen privater Akteure mit einer voraussichtlichen Investitionssumme von über 25 Mio. Euro unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
2. Beabsichtigt die Stadtverwaltung keine weiterführenden Verhandlungen mit einem potentiellen Investor oben genannter Größenordnung aufzunehmen oder aufgenommene Verhandlungen zu beenden bzw. durch den jeweiligen Prozessbevollmächtigten einer städtischen Gesellschaft beenden zu lassen, bedarf dies einer ausdrücklichen Ermächtigung qua Beschluss durch den Stadtrat (alternativ durch den Finanzausschuss).
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle zur Umsetzung des Beschlusspunktes 2 notwendigen Gesellschafterweisungen in die entsprechenden Gesellschafterversammlungen einzubringen.
4. Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin „Stadt Halle (Saale)“ wird angewiesen, in allen Gesellschafterversammlungen bzgl. der in Punkt 3 genannten Gesellschafterweisungen mit „Ja“ zu stimmen.

**zu 5.2      Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP und SPD zur Änderung der Gesellschaftsverträge der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH und der Zoologischer Garten GmbH**  
**Vorlage: VI/2016/01667**

---

Zu diesem Antrag erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass bei Beschlussfassung die Verwaltung das Wirtschaftsförderungskonzept ebenfalls zur Komplettüberarbeitung zurückziehen muss.

**Frau Ernst** bat die Antragssteller um Einbringung des Antrages.

Daraufhin teilte **Herr Senius** mit, dass im Zuge der Vereinheitlichung der Gesellschaftsverträge die Verträge der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH und der Zoologischer Garten Halle GmbH noch nicht abgeändert wurden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** kann den Antrag nicht befürworten, da er eine Einschränkung des Hauptverwaltungsbeamten darstellt. Bisher können sich Investoren direkt

an ihn als Hauptverwaltungsbeamten und Aufsichtsratsvorsitzenden wenden. Sollte der geforderte Beschluss gefasst werden, wäre dies in der Form nicht mehr möglich.

Eine Harmonisierung der kommunalen Beteiligungen soll herbeigeführt werden, sagte **Herr Senius**. Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand soll dabei nicht in seiner Arbeitsweise eingeschränkt werden, betonte er.

**Frau Ernst** fragte, warum der Antrag nach Überarbeitung des Wirtschaftsförderungskonzeptes eingebracht wurde. Solche Angelegenheiten hätten im Zuge der Konzept-Beratung diskutiert werden müssen.

Darauf antwortete **Herr Senius**, dass dies nicht durch die Stadträtinnen und Stadträte zu verantworten ist, da das Konzept aktuell erst vorgelegt wurde. Er wies darauf hin, dass es immer wieder nötig sein wird Konzepte zu überarbeiten. Des Weiteren sagte er, dass das Konzept in Gänze durch die Verwaltung spät vorgelegt wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies die Vorwürfe zurück. Das Konzept werde seit nunmehr einem halben Jahr in den Gremien beraten

Nach der weiteren Diskussion bat **Herr Häder** um Abstimmung des Antrages.

**Votum der sachkundigen EinwohnerInnen:      mehrheitlich zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**  
8 Ja Stimmen  
1 Nein Stimme  
1 Enthaltung

### **Beschlussempfehlung:**

Im Zuge der Vereinheitlichung der Gesellschaftsverträge städtischer Beteiligungen fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

1. Der Gesellschaftsvertrag der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird wie folgt geändert:  
Im § 9 (2) werden die Sätze 1 und 2 gestrichen. Satz 3 wird Satz 1 und wie folgt formuliert: „Der Aufsichtsrat wählt mit einfacher Mehrheit für die Dauer seiner Amtszeit aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.“

**Eingefügt werden die Sätze 2, 3 und 4 wie folgt:**

**Der Aufsichtsrat kann die Bestellung des Aufsichtsratsvorsitzenden oder des Stellvertreters vor Ablauf der Amtszeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Der Vorsitzende kann den Vorsitz vor Ablauf der Amtszeit ohne Angabe von Gründen durch Erklärung gegenüber der Gesellschaft niederlegen.**

**Gleiches gilt für seinen Stellvertreter.**

Die bisherigen Sätze 4, 5 und 6 bleiben, auch in der Reihenfolge, unverändert und werden zu den Sätzen 5, 6 und 7.

2. Der Gesellschaftsvertrag der Zoologischer Garten Halle GmbH wird wie folgt geändert:

Im § 9 (2) werden die Sätze 1 und 2 gestrichen. Satz 3 wird Satz 1 und wie folgt geändert: „Der Aufsichtsrat wählt mit einfacher Mehrheit für die Dauer seiner Amtszeit aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.“

**Eingefügt werden die Sätze 2, 3 und 4 wie folgt:**

**Der Aufsichtsrat kann die Bestellung des Aufsichtsratsvorsitzenden oder des Stellvertreters vor Ablauf der Amtszeit ohne Angabe von Gründen widerrufen.**

**Der Vorsitzende kann den Vorsitz vor Ablauf der Amtszeit ohne Angabe von Gründen durch Erklärung gegenüber der Gesellschaft niederlegen.**

**Gleiches gilt für seinen Stellvertreter.**

Die bisherigen Sätze 4, 5 und 6 bleiben, auch in der Reihenfolge, unverändert und werden zu den Sätzen 5, 6 und 7.

**zu 5.3     Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur  
Entwicklung einer Ansiedlungsstrategie von „Marken-Filialen“ in der  
Innenstadt  
Vorlage: VI/2016/01673**

---

**Herr Bernstiel** führte in den Antrag ein.

**Frau Ernst** wies auf die Stellungnahme der Verwaltung hin, diesen Antrag für erledigt zu erklären. Momentan wird mit der Industrie- und Handelskammer und der City-Gemeinschaft Halle ein Netzwerk mit Grundstückseigentümern und Gewerbetreibenden aufgebaut. Unter anderem wird eine Ansiedlungsstrategie, wie laut Antrag gewünscht, bereits entwickelt. Die Verwaltung würde über den aktuellen Sachstand nach der Sommerpause berichten.

Den Antrag für erledigt zu erklären, wies **Herr Bernstiel** ab. Er fragte folgendes: Was passiert, wenn Haushaltsmittel für die Umsetzung aufgewendet werden, aber ein dazugehöriger Beschluss fehlt?

Bei Gebäuden, die sich nicht in städtischem Eigentum befinden, sei dies nicht nötig, antwortete **Frau Ernst**.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** schlug vor, die einzelnen Fragestellungen im Ausschuss zu beraten und daraus Handlungsalternativen abzuleiten, möglicherweise auch für die nächsten Haushaltsberatungen.

**Herr Senius** sah den Bezug zum Einzelhandelskonzept. Eine Darlegung der Gründe von großen Marken, warum sie sich nicht in Halle ansiedeln, wäre wünschenswert.

**Frau Ernst** schlug vor, Vertreter aus der Immobilienbranche zur Beratung in den Ausschuss einzuladen. **Herr Peinhardt** befürwortete dies.

Aus der Diskussion heraus vertagte **Herr Bernstiel** seinen Antrag bis zur Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung im Juni 2016.

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**  
bis Juni 2016

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Strategie-Konzept vorzulegen, das Maßnahmen enthält, die zu dem Ziel führen, dass Filialen bekannter Marken (Zara, Esprit, Mango, Starbucks, usw.) in der haleschen Innenstadt eröffnet werden. Insbesondere soll dargestellt werden, welche Schritte konkret erforderlich sind (inkl. Kosten und Aufwand), um den Status Quo zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist eine direkte Kontaktaufnahme mit einzelnen „Marken-Unternehmen“ gewünscht.

Das Strategie-Konzept soll dem Stadtrat bis zur Sitzung im August 2016 vorgelegt werden.

**zu 6            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 7            Mitteilungen**

---

**zu 7.1        Energiebericht 2015**  
**Vorlage: VI/2015/01375**

---

Der Energiebericht 2015 wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 7.2        Europäische Metropolregion Mitteldeutschland - Projekte in den  
Arbeitsgruppen**

---

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.*

**Frau Ernst** informierte anhand einer Präsentation über Projekte in den Arbeitsgruppen in der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD).

**Frau Nagel** erkundigte sich zur Arbeitsweise der einzelnen Arbeitsgruppen.

Darauf erklärte **Frau Ernst**, dass sich alle Mitglieder der EMMD in diesen Gruppen einbringen können. Künftig sollen auch die Mitglieder der Regionalforen in die Arbeit einbezogen werden. Auf Empfehlung der Arbeitsgruppen-Mitglieder werden relevante Themen aufgegriffen, Verantwortlichkeiten festgelegt, beraten und an den Vorstand zur Beschlussfassung weitergeleitet.

Weiter wollte **Frau Nagel** wissen, ob in allen Arbeitsgruppen jeweils ein Vertreter der Stadtverwaltung ist oder allein in der Arbeitsgruppe 1. **Frau Ernst** antwortete, dass städtische Vertreter in alle Arbeitsgruppen entsendet werden. Themen und Mitglieder können auf der Homepage [www.mitteldeutschland.com](http://www.mitteldeutschland.com) nachvollzogen werden.

**Herr Senius** wollte wissen, ob sich die Projektgruppen, welche sich mit den mitteldeutschen wirtschaftlichen Entwicklungsthemen beschäftigen, Projektziele und Zeitschienen gesetzt haben. Darauf sagte **Frau Ernst**, dass zunächst gemeinsame, also länderübergreifende Themen definiert werden müssen, ein Beispiel sei der Mitteldeutsche Marathon zwischen Halle und Leipzig.

In den Projekten gibt es Differenzierungen, meinte **Herr Senius**. Eben auch welche, die einen konkreten Entwicklungsanspruch haben (bspw. Ernährungswirtschaft in Mitteldeutschland). Für solche Bereiche wäre es interessant, die Zeitschienen zu erfahren und nachvollziehen zu können.

**Frau Ernst** sagte zu, fortlaufend im Ausschuss über die Arbeit der Arbeitsgruppen zu berichten.

### **zu 7.3 Information von Herrn Häder zum Wirtschaftsförderungskonzept**

---

**Herr Häder** informierte, dass der Finanzausschuss die Abstimmung zum Wirtschaftsförderungskonzept vertagt hat, da dem Wirtschaftsausschuss das geänderte Konzept nicht vorlag. Er bat die Mitglieder um Abstimmung, ob sie erneut die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung nehmen möchten. Frau Ernst hatte bereits in einer vorangegangenen Sitzung informiert, dass das Konzept erst mit Beschluss durch den Wirtschaftsausschuss angepasst und den weiterführenden Gremien vorgelegt wird.

**Abstimmungsergebnis erneute Behandlung: mehrheitlich abgelehnt**

### **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Es gab keine mündlichen Anfragen.

## zu 9 Anregungen

---

Es gab keine Anregungen und **Herr Häder** beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Denis Häder  
Ausschussvorsitzender

---

Yvonne Merker  
Protokollführerin